

Für den Landkreis München in Berlin.





Tätigkeitsbericht 2020/21

1. Aktionen, Projekte und Veranstaltungen

2. Reden











Tätigkeitsbericht 2020/21

1. Aktionen, Projekte und Veranstaltungen

Seit Beginn meiner Tätigkeit als Abgeordnete informiere ich in regelmässigen Newslettern über aktuelle Nachrichten, die wichtigsten Beschlüsse aus dem Bundestag sowie meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis (die derzeit coronabedingt auch viel online stattfindet).

Wer den Newsletter abonnieren möchte, kann eine kurze E-Mail an Bela.Bach.wk@bundestag. de schreiben und sich auf den Verteiler setzen lassen.

Nachfolgend habe ich eine Auswahl meiner wichtigsten Aktionen und Veranstaltungen zusammengestellt.

Läp Collect Börse

Ihr oder jemand in eurem
Umfeld seid zum Schulanfang dringend auf einen
Laptop angewiesen, ihr
könnt euch aber keinen
leisten?

Viele Privatpersonen und Firmen haben Geräte abzugeben. Ich selbst kann keine Geräte anbieten, vermittle aber gerne zwischen Angeboten und Anfragen!

Schreibt mir einfach eine Mail unter bela.bach.wk@ bundestag.de wer braucht noch einen noch einen Laptop?



Laptopsammelaktion für

Schüler*innen: Schreibt mir unter bela.bach.wk@bundestag.de



Im Juni diesen Jahres nahm ich an der Reisebus-Demo mit Vertreter*Innen der Branche teil. Ausserdem mit dabei: Peter Ramsauer, Bundesminister a.D. und Bernd Rützel MdB.

Als verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag erklärte ich gegenüber der Nachrichtenagentur: "Es war uns wichtig, dass diejenigen Busunternehmen, die in der Vergangenheit in den Klimaschutz und die Barrierefreiheit ihrer Fahrzeuge investiert haben, jetzt wegen Corona nicht den Kürzeren ziehen." Ich bin überzeugt, dass jeder dieser 80 Millionen Euro richtig eingesetzt ist.

Der Busverkehr ist die Grundlage für eine bessere Mobilität gerade in ländlicher Struktur und damit für öffentlichen Personennahverkehr, weniger Individualverkehr mit Autos und damit für Klimaschutz. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hatte bereits im Sommer dieses Jahres zur Unterstützung von Reisebusunternehmen Bundesmittel in Höhe von 170 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.



Reisebus-Branche erhält weitere finanzielle Unterstützung.

Die Mittel wurden im Wege des zweiten Nachtragshaushalts für 2020 freigegeben. Bis Ende September 2020 wurden schon 63 Millionen Euro an die Busunternehmen ausgezahlt, 99 Millionen Euro wurden insgesamt beantragt. Mit den jetzt gewährten Finanzhilfen wird das Hilfsprogramm für das Jahr 2021 fortgeschrieben. Damit haben wir den Weg frei gemacht, die von Corona besonders schwer getroffene Reise- und Touristikbusbranche weiter finanziell zu unterstützen. Für mich als SPD-Verkehrspolitikerin in Berlin war das eine sehr erfreuliche Entscheidung in der vergangenen Sitzungswoche.





NTV berichtete über das Thema



Im Gespräch mit insta.politik

Am 28. Januar habe ich auch mit dem Instagramkanal insta.politik über meine Arbeit im Bundestag gesprochen. Ich habe erzählt, wie ich in die Politik kam, ob das Alter in der Politik eine Rolle spielt und natürlich über meine Schwerpunktthemen im Bundestag berichtet. Ich möchte euch gar nicht zu viel verraten – wenn euch die Themen interessieren und ihr wissen wollt, weshalb ich in der Schulzeit einmal nachsitzen musste, dann schaut auf meiner Website vorbei. Dort findet ihr jetzt das Interview: auf dem Instagramkanal Ginsta.politik könnt ihr es ebenfalls ansehen. Das Interview hat mir viel Spaß gemacht und ich freue mich, wenn ihr vorbeischaut!



Petitionsausschuss - Bundest

so geht Mitsprache

In meiner Instagram-Story habe ich vor einigen Tagen erklärt, was der Petitionsausschuss eigentlich leistet. Anlass war eine Anhörung einer Petition zum Thema Hong Kong und Menschenrechte, für die ich Berichterstatterin, also zuständige Bearbeiterin der SPD-Fraktion bin. Leider stelle ich immer wieder fest, dass viele Bürger nicht ausreichend über das Thema Petitionen aufgeklärt sind. So ist es gut zu wissen, dass Plattformen wie change.org oft eine politische Teilhabe durch Unterschriften suggerieren, aber eigentlich keinen rechtlich bindenden Handlungsauftrag begründen. Nur bei einer Petition an den Bundestag ist garantiert, dass das Anliegen durch den Petitionsausschuss geprüft wird. Eine Prüfung findet dabei immer statt, wenn eine Petition an den Bundestag gerichtet wird. Das berühmte Quorum von 50.000 Mitunterzeichnern führt nur dazu, dass bei einer solchen Petition der Petent in einer öffentlichen Ausschusssitzung angehört wird. Das war bei der Petition zu Hong Kong der Fall. Diese Anhörungen könnt ihr euch übrigens jederzeit in der Mediathek des Bundestages ansehen.



Sitzung des Petitionsausschusses vom 25.01.2021

Das Petitionswesen ist eine wichtige Säule unserer demokratischen Teilhabe. Unten findet ihr einen Link zu meiner Rede zum Petitionswesen vom letzten Jahr.



Meine Rede zum Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses

Weltdatenschutztag -

zwei Seiten der Medaille

Am 28. Januar habe ich mich auch zum Weltdatenschutztag geäußert. Wie wichtig Datenschutz ist, zeigt uns auch die aktuelle Debatte um ein umstrittenes Update des Messengerdienstes WhatsApp. Unsere persönlichen Informationen in der Kommunikation sind ein hohes Gut und die Gewährleistung ihres Schutzes verdient eine hohe Priorität. Wichtig ist auch, dass in digitalisierten Zeiten Kinder und Jugendliche dahingehend sensibilisiert werden, welche Daten sie von sich ins Netz stellen. Es gilt aber auch abzuwägen: Datenschutz bedeutet Einschränkungen. In einigen Bereichen, wie beispielsweise der industriellen oder akademischen Forschung, muss der Informationsaustausch gefördert und nicht gehemmt werden.



24 Tage – 24 mutige Frauen.

Ich habe dieses Jahr einen politischen Adventskalender in den sozialen Medien veröffentlicht, in dem ich euch 24 mutige Frauen vorgestellt habe, die sich in einem gefährlichen Umfeld couragiert für Menschenrechte einsetzen. Ich habe mich sehr über euer positives Feedback gefreut – Mein Team und ich haben euch diese 24 bewegenden Lebensläufe sehr gerne zusammengestellt, die Ihr gerne noch einmal nachträglich auf meiner Facebook- oder Instagram-Seite ansehen könnt.





Am 03.12. habe ich mit dem Staatsminister des Auswärtigen, Niels Annen, über die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA gesprochen.

Surreale Szenen erreichen uns seit einigen Wochen aus den USA. Nach vier turbulenten Jahren mit Donald Trump im Weißen Haus konnte Herausforderer Joe Biden die Präsidentschaftswahl Anfang Februar für sich entscheiden. Das Verhalten des Amtsinhabers spaltet das Land. Doch welche Auswirkungen hat die aktuelle Lage in den Staaten auf unsere transatlantischen Beziehungen? Wie hat sich das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA in den letzten vier Jahren entwickelt? Wie wird es unter dem neuen Präsidenten weitergehen? Um diese weltpolitischen Fragen auch Euch näher zu bringen, habe ich Niels als Experten hinzugezogen.

In Biden we trust?

Als Repräsentant des Bundesaußenministers konnte er aus erster Hand Erfahrungen und Einschätzungen teilen und Eure Fragen beantworten.

Niels konnte uns das gute Verhältnis zwischen Deutschland und den USA näher bringen. Dabei wies er auch darauf hin, dass die USA nicht nur aus ihrem Präsidenten bestehen, sondern ein unglaublich vielschichtiges Land mit verschiedenen Bundesländern und Bevölkerungsgruppen sind. Und doch wird die Wahl Joe Bidens einen großen Einfluss auf unsere langjährige Partnerschaft haben.

Wenn ihr das wirklich spannende Gespräch verpasst habt, könnt ihr euch gerne hier die Aufzeichnung ansehen:



Link zum Video

(Sollte der Link auf dem mobilen Endgerät nicht funktionieren, probiert es bitte am Rechner oder über die Youtube-App.)

Ihr wollt keine Facebook Live Gespräche mehr verpassen? Folgt mir gerne auch auf meinen Facebook- und Instagramkanälen!

@bela bach

https://www.facebook.com/BelaBachSPD







Es war uns wichtig, dass diejenigen Busunternehmen, die in der Vergangenheit in den Klimaschutz und die Barrierefreiheit ihrer Fahrzeuge investiert haben, jetzt wegen Corona nicht den Kürzeren ziehen.

Mein Statement zur Nachrichtenagentur AFP

Nach intensiven Verhandlungen konnte ich vergangene Woche erreichen, dass die durch Corona gebeutelte Busbranche weitere finanzielle Unterstützung erhält. Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschloss in seiner Bereinigungssitzung in der Nacht zu Freitag weitere vorübergehende Hilfen in Höhe von 80 Millionen Euro für Kraftomnibusse, die ausschließlich im Gelegenheitsverkehr eingesetzt werden.

Infektionsschutzgesetz



Mein Team und ich haben fünf Fragen zum Infektionsschutzgesetz rausgesucht, die ich hier in diesem Video beantworte



Link zum Video

(Sollte der Link auf dem mobilen Endgerät nicht funktionieren, probiert es bitte am Rechner oder über die Youtube-App.)

Eine Woche Berlin -

Mein Alltag als Abgeordnete



Mein Team und ich hatten uns für diese spezielle Sitzungswoche auch noch etwas ganz besonderes überlegt: Eine Woche lang haben wir Euch mitgenommen in den "Alltag einer Abgeordneten" – ganz aus der Nähe. Da sieht man dann, was ich alles so für Termine habe, ausser im Plenum sitzen;) Ihr könnt Euch die Stories auch nochmal auf meinem Instagram-Kanal anschauen.













@bela bach

LINK



Der Tourismus- und Verkehrssektor wurde von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen. Als ich mich am 14. Oktober mit dem Chef des Münchener Flughafens, Jost Lammers, getroffen habe, konnte ich mir ein Bild der Lage machen.

Zwischenzeitlich brachen dem Flughafen 99 Prozent der Fluggäste weg. Die Lage wird dadurch erschwert, dass praktisch jedes Land unterschiedliche Reisebestimmungen erlassen hat – auch unsere Bundesländer sind sich nicht einig.

Wir haben auch über die Verantwortung der Luftfahrbranche gesprochen, die Bestrebungen hin zum klimafreundlichen Fliegen zu verstärken. Dazu gehört auch, dass besonders Inlands- und andere Kurzstreckenflüge zum und vom Flughafen München möglichst durch den CO2-ärmeren Schienenverkehr ersetzt werden müssen.





Bela Bach fordert Rückerstattung und Garantie für gestrichene Flüge

"Europäisches Recht muss eingehalten werden!"

Seit am 1. März massenhaft Flüge gestrichen wurden, haben Passagiere versucht, ihre Rechte durchzusetzen und von den Airlines das Geld für die Flugtickets zurückzuerhalten.

Die aktuelle europäische Rechtslage sieht nach Art. 5 I a), 8 I a) EU-FluggastVO vor, dass der Fluggast zwischen einer kostenlosen Umbuchung bzw. einem Gutschein und einer Erstattung seiner Kosten für das Flugticket wählen kann. Der Kunde muss einem Gutschein also ausdrücklich zustimmen. Stimmt er nicht zu bzw. wählt er die Rückerstattung, muss zwingend eine Rückerstattung der Kosten innerhalb von sieben Tagen erfolgen.

Derzeit haben Airlines Umsatzeinbußen von 80-90% zu verzeichnen, weil der Passagierverkehr durch Corona praktisch zum Erliegen gekommen ist. Die Folge ist eine extreme Gefährdung der Zahlungsfähigkeit. Zugleich belaufen sich Rückforderungsansprüche der Passagiere auf mehrere Mrd. Euro und gefährden die Solvenz zusätzlich.

In der Folge stellen Airlines derzeit nur Gutscheine aus und verstoßen damit gegen Art. 5 I a), 8 I a) EU-FluggastVO. Diese Praxis ist rechtswidrig.



Die Gutscheinlösung ist für Verbraucher derzeit unattraktiv, da sie im Falle einer Insolvenz der Airline weder umbuchen (bzw. den Gutschein einlösen) könnten noch ihren Erstattungsanspruch im Falle einer Insolvenz durchsetzen könnten. Es gibt hier keinen gesetzlichen Schutz für Verbraucher, die ihren Flug direkt bei der Airline buchen. Anders ist dies bei Pauschalreisen. Hier gibt es einen Insolvenzschutz, weil der Gesetzgeber geregelt hat, dass Pauschalreisen durch sog. Sicherungsscheine gegen Insolvenzen zu versichern sind. Bucht also ein Verbraucher seinen Flug selbst und direkt bei der Airline, bleibt er auf den Kosten sitzen, während der Pauschalreisende sein Geld von der Versicherung zurückerhält.

Auf diese Schutzlücke habe ich bereits im Gespräch mit Focus-Online am 3.April.20 aufmerksam gemacht.



Kundenrechte nach abgesagten Reisen

Artikel im Focus vom 3. April 2020

Der Vorschlag der Bundesregierung an die EU-Kommission, die sog. "Gutscheinlösung" zu tolerieren, ist rechtswidrig.

Entsprechend hat die Kommission den Vorschlag bereits abgelehnt. Abschließend stelle ich fest, dass es zwar verständlich ist, dass die Airlines auf das Geld angewiesen sind, der Fluggast aber auch nicht ihr zinsloser Kreditgeber ist, der noch dazu Gefahr läuft, sein Darlehen niemals zurückzuerhalten. Gerade in Krisenzeiten muss das Vertrauen in bestehende Gesetze und ihre Durchsetzung gestärkt werden. Wird der Rechtsschutz gelockert, ist das ein fatales Signal für die Europäische Union, deren Kernanliegen und teilweise Gesetzgebungskompetenz sich auf die Schaffung eines hohen Verbraucherschutzniveaus stützt.



Deswegen muss die Bundesregierung sich hier für eine sachgerechte Lösung einsetzen, die Rechtssicherheit erzeugt:

- Hierzu muss sich der Bund mit einer Garantie hinter die Gutscheine stellen, um das Vertrauen in die Einlösung der Gutscheine im Falle einer Insolvenz sicherzustellen.
- Außerdem muss der Bund all denen, die den Gutschein ablehnen, das Geld jetzt schon zurückerhalten wollen und keine Härtefälle sind, mithilfe der Garantie hinter den Gutscheinen, den Preis für das Flugticket zurückerstatten und später von den Airlines zurückfordern.
 Denn wenn die Bundesregierung den Kunden im Vertrauen auf die spätere Solvenz der Airlines die Stundung zumutet, dann muss sie erst Recht selbst genug Vertrauen haben.

Bela Bach



Aus dem Wahlkreis



Würdigung

der Lebensleistung

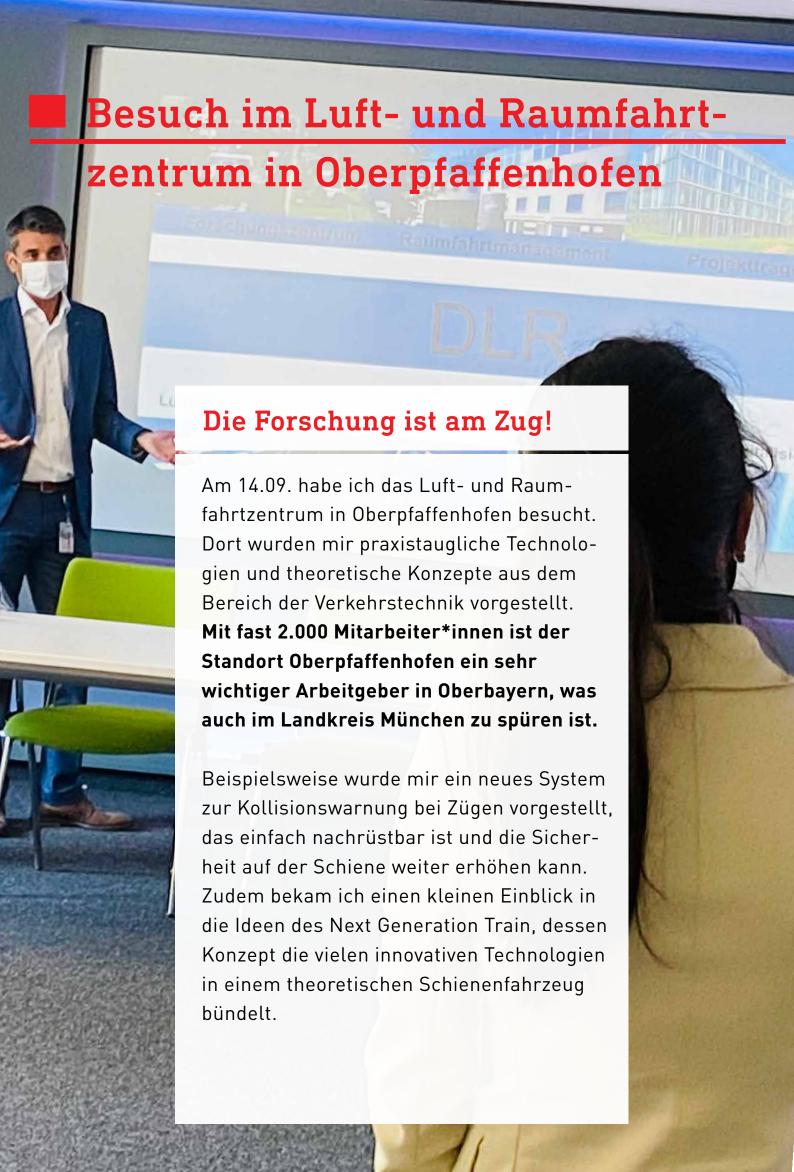
"Warum zahlen nicht alle in einen Rententopf ein? Auch Beamte und Abgeordnete?" Fragen wie diesen aus dem virtuellen Publikum habe ich mich am vergangenen Dienstag mit Bernd Rützel auf Facebook Live gestellt. Ich hatte meinen Kollegen aus der bayerischen SPD-Landesgruppe eingeladen, weil er ein Experte zum Thema Grundrente ist. Auf Facebook haben wir interaktiv über Fragen, Mythen und Fakten zur Grundrente diskutiert. Viele von Euch hatten mir Fragen zu dem Thema gestellt und ich hoffe, dass wir die meisten beantworten konnten. Mit der Grundrente erhalten Beitragszahler*innen mit über 33 Beitragsjahren ab 2021 eine Aufstockung ihrer bestehenden Rente – automatisch und ohne Antrag. Es geht dabei nicht um eine Sozialhilfe, sondern um die Würdigung der Lebensleistung. Mit der Grundrente erreichen wir Menschen, die hart gearbeitet haben und für die es sich auch im Alter rentieren soll. Wir als SPD sind stolz auf diese Leistung und das haben wir auch nochmal deutlich gemacht.

Das gesamte Gespräch könnt ihr auf meiner Website www.bela-bach.de unter dem Bereich "Videos" oder unter dem folgenden Facebook-Link ansehen:



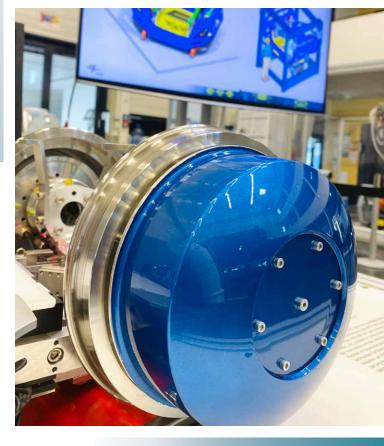
LINK

https://www.facebook.com/BelaBachSPD/posts/2080259738776039

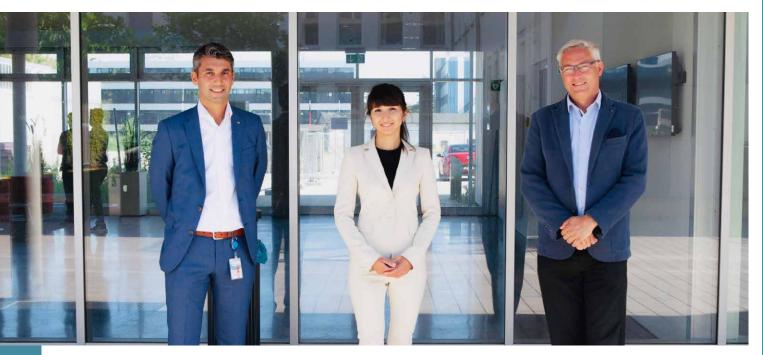


Besuch im Luft- und Raumfahrtzentrum in Oberpfaffenhofen

Ich war sehr beeindruckt von der Arbeit der vielen Forscher*innen vor Ort und von ihrer Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Themenbereichen. So entstehen bahnbrechende Technologien für unseren Alltag. Die Politik muss Forschungsund Entwicklungsstandorte wie Oberpfaffenhofen unbedingt weiter fördern.



Im Bild zu sehen: Eine Drohne, ausgestattet mit Infrarot- und Wärmebildkamera, ermöglicht eine schnellere Rettung der Patienten.



V.l.n.r.: Zekeriya Ceyhanli (Standortleiter Oberpfaffenhofen, Augsburg, Weilheim), Bela Bach MdB und Prof. Dr. Thomas Strang (Institut für Kommunikation und Navigation; Institutsprojekt-management und -administration).

StVO-Reform: Grüne verhindern

Kompromiss im Bundesrat

Die ursprünglich Anfang des Jahres beschlossene Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO), die eine Reihe von Verschärfungen enthielt und damit zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr beigetragen hätte, war aufgrund eines Zitierfehlers nichtig. Als zuständige Berichterstatterin im Verkehrsausschuss bedauere ich sehr, dass sich der Bundesrat wegen der Blockadehaltung der Grünen nicht auf eine Reform einigen konnte.

Die Länderkammer hat am Freitag (25.09.) keinen der angebotenen Vorschläge zur Reform der Straßenverkehrsordnung angenommen. Verbesserungen, welche die neue StVO mit sich bringen würde, können nun weiterhin nicht umgesetzt werden. Dazu zählen beispielsweise die Sanktionsverschärfungen für Verstöße im ruhenden Verkehr, also etwa die Behinderung von Fahrradfahrer*innen durch Überparken von Fahrradstreifen. Die neue StVO kann erst dann in Kraft treten, wenn der Bundesrat seine Zustimmung erteilt.

Die Grünen haben den präsentierten Kompromissvorschlag im Bundesrat aber blockiert



StVO-Reform: Grüne verhindern

Kompromiss im Bundesrat

Es ist ärgerlich, dass Fahrradfahrer*innen nun weiterhin keinen verbesserten Schutz geniessen dürfen, weil die Grünen nicht bereit sind, von ihren Maximalforderungen abzurücken. Je schneller die Reform der StVO beschlossen wird, desto schneller können die verbesserten Regelungen schwächere Verkehrsteilnehmende schützen. Hier sollte Pragmatismus im Vordergrund stehen und nicht Ideologie.

Als SPD-Bundestagsfraktion werden wir uns ebenso dafür stark machen, dass ein Fahrverbot bei einer Geschwindigkeits- überschreitung von 21 Kilometern pro Stunde innerorts künftig etwa vor Schulen und Kindergärten verhängt werden kann. Wir plädieren ebenso dafür, dass Senior*innenwohnanlagen und Krankenhäuser in diese Regelung einbezogen werden.

Wie geht es nun weiter? Der Reformprozess wird sich mindestens noch einen Monat in die Länge ziehen. Immerhin gibt es die Bereitschaft, weiter zu verhandeln, so dass ich davon ausgehe, dass die "Reform der Reform" der StVO bis November abgeschlossen werden kann.



"Fair statt mehr" in Garching





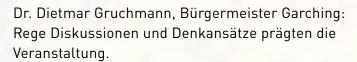
Diskussion über das aktuelle Lieferkettengesetz im Rahmen der Fairtrade Deutschlandwoche

Fairer Handel bedeutet vor allem, Menschenrechte zu achten. Deshalb ist es mir sehr wichtig und kämpfe ich dafür, dass Deutschland ein verbindliches Lieferkettengesetz einführt. Bei der von mir organisierten

Veranstaltung "Fair statt mehr" in Garching haben wir im Rahmen der bundesweit stattfindenden FairenWoche, die größte Aktionswoche des Fairen Handels, den Film "Make The World a Better Place" gezeigt. In dem Film erzählen Menschen am Anfang der Lieferketten, was für eine Welt sie sich für die Zukunft wünschen. Eine Welt, in der allen ein gutes









Leben ermöglicht wird. Für nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion spielt der faire Handel nämlich eine entscheidende Rolle. Ob bei Kaffee, Kakao oder Bananen, Saft, Tee, Reis, Honig, Zucker bis hin zu Wein oder Textilien, Schnittblumen, Kosmetika und auch Gold macht Fairtrade einen entscheidenden Unterschied. So wurde die Fairtrade Deutschlandwoche unter das Motto "#FairHandeln für ein gutes Leben" gestellt.

Zusammen mit Henriette Seydel, Referentin Fairtrade Deutschland, diskutierten wir dabei über die **Bedeutung eines Lieferkettengesetzes in Deutschland**. Konzerne, die weltweit agieren und Gewinne erwirtschaften, wählen Produktionsstandorte nämlich oft dort aus, wo die Menschenrechtsstandards niedrig und der Staat schwach ist. Damit verschaffen sie sich gegenüber allen fair wirtschaftenden Unternehmen, die sich freiwilligen Selbstverpflichtungen unterwerfen, einen Wettbewerbsvorteil. Für mich ist es endlich an der Zeit, und da stimmten

"Fair statt mehr" in Garching





Zusammen mit Henriette Seydel (links), Referentin Fairtrade Deutschland, diskutierten wir über die Bedeutung eines Lieferkettengesetzes in Deutschland. Rechtes Bild: Dr. Ulrike Haerendel.

mir Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann und Ortsvereinsvorsitzende Dr. Ulrike Haerendel sowie die Anwesenden von der SPD Garching zu, dass ein verbindliches Lieferkettengesetz eingeführt wird. Zuerst national in Deutschland und im zweiten Schritt ein europäisches Gesetz. Nur so ist unser Kampf für Menschenrechte auch glaubwürdig. Allein 73 Millionen Kinder weltweit sind beispielsweise von Kinderarbeit betroffen. Und nur ein Bruchteil der Unternehmen weltweit folgt den Leitprinzipen für Wirtschaft und Menschenrechte der UN aus dem Jahr 2011. So klar die SPD hinter dem geplanten und im Koalitionsvertrag beschlossenen Lieferkettengesetz steht, so zurückhaltend geht die Union leider vor. Sie will entscheidende Punkte entschärfen. Aktuell blockiert vor allem Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Er will nur Unternehmen ab 5.000 statt wie wir ab 500 Mitarbeitern verpflichten, die Lieferketten nachzuweisen. So aber verwässern wir den geplanten Schutz der Menschenrechte entscheidend. Auch, dass Altmaier keine Haftungsreglung vornehmen will, wird mit der SPD nicht zu machen sein. Wir wollen Menschenrechte und fairen Handeln ohne Schlupflöcher sichern. Dabei eilt das Lieferkettengesetz, damit die Unternehmen endlich verpflichtet werden können, ihrer Verantwortung gegenüber Menschenrechten und Umweltschutz auch im Ausland nachzukommen.



Besuch im Bergwacht Zentrum

für Sicherheit und Ausbildung

Eingesetzt werden auch Drohnen mit Infrarot- und Wärmebildkamera, die es ermöglichen, in alpin schwierig begehbarem Gelände Patienten schneller zu bergen ohne Rettungskräfte zusätzlich zu gefährden.

Ein eigener Bergwetterraum bildet alpine Wetterlagen für MedizinerInnen ab.

Ich weiß genau, wie hart ein Einsatz für Leib und Leben am Berg ist. Der Arbeit der Ehrenamtlichen zolle ich daher großen Respekt und Anerkennung.



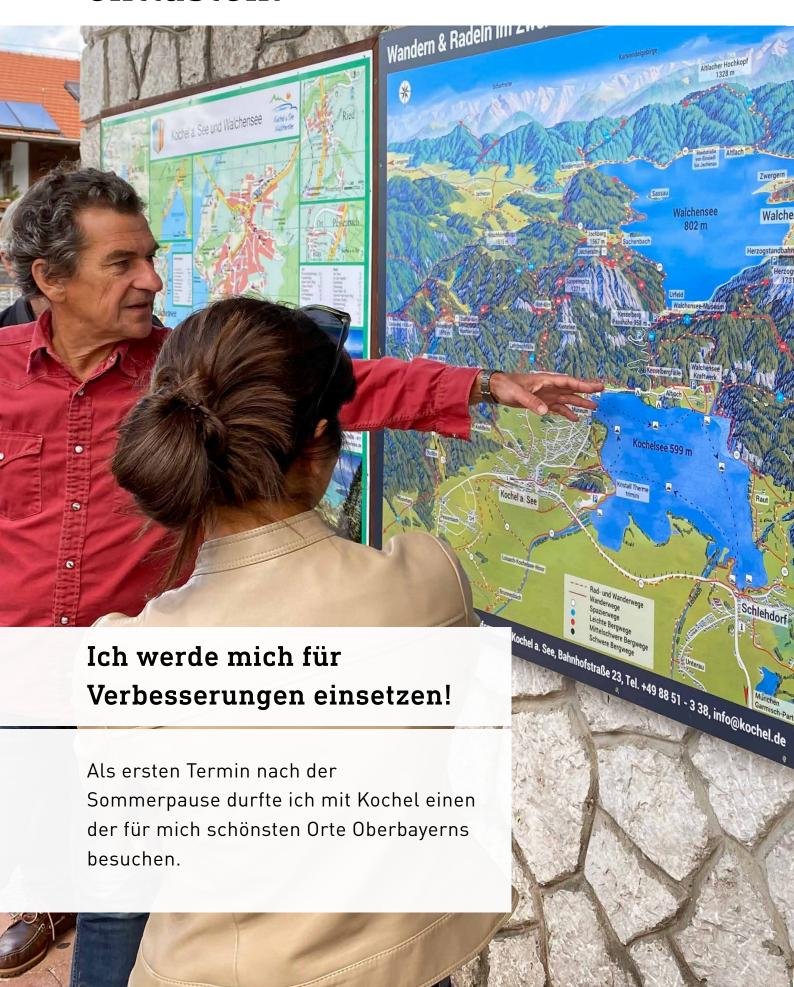
Im Bild zu sehen: eine Drohne mit Infrarot- und Wärmebildkamera ausgestattet, eine schnellere Rettung der Patienten ermöglicht.



V.l.n.r.: Bela Bach MdB, Bergwacht-Landesleiter Otto Möslang und Geschäftsführer Klaus Schädler.

B11 in Kochel

entlasten!









Die SZ hat hierzu berichtet (bitte auf Link klicken)





Leibniz-Rechenzentrum

Besuch in Garching

zählt und allen öffentlichen deutschen Forschungseinrichtungen zur Verfügung steht. Um all diese Aufgaben erfüllen zu können, führt das LRZ eigene Forschungen in verschiedenen Bereichen der Informatik durch. Dabei verfolgt das LRZ einen ganzheitlichen Forschungsansatz auf höchstem Niveau und versucht dabei auch immer Ressourcen schonende Lösungen zu suchen. Warmwasserkühlung, Energy Aware Supercomputing, Adsorptionskältemaschine, Energiemonitoring - sind nur einige der Maßnahmen, die das LRZ unternimmt, um den Energieverbrauch des Hochleistungsrechners so gering wie möglich zu halten.



Bela Bach zusammen mit Herrn Prof. Dr. Kranzlmüller vor dem technologischen Kernstück, dem SuperMucNG"



Leibniz-Rechenzentrum

Besuch in Garching

Technologisches Kernstück des LRZ ist der Höchstleistungsrechner "SuperMucNG", der derzeit zu den achtschnellsten Computern weltweit zählt. Mit seiner Rechenleistung ermöglicht er Forscher*innen u.a. aus Physik und Chemie, Geo-, Umwelt- und Ingenieurswissenschaften sowie aus der Medizin, sehr große Datensätze zu verarbeiten und auf diese Weise Modelle darzustellen oder Vorhersagen über künftige Entwicklungen zu treffen. Im Gespräch mit dem Direktor des LRZ, Prof. Dieter Kranzlmüller hebt dieser die wichtige Rolle des Rechners hervor: "Mit dem SuperMUC schicken wir die Forschung in die Zukunft und verschieben die Grenzen des Machbaren".

"Wie schnelllebig Technik ist, davon konnte ich mich beim LRZ einmal mehr überzeugen. Die zweite Generation des SuperMuc ist nach nur zwei Jahren bereits erheblich leistungsstärker und platzsparender als die erste Generation. Daher ist es auch so wichtig, dass der Forschungsstandort LRZ weiter gefördert wird und Garching hier seine Vorreiterrolle behält. Gemeinsam mit den Instituten der LMU und der TU München genießen wir einen exzellent Ruf als Forschungsstandort. Damit das auch in Zukunft so bleibt, braucht es die Unterstützung der Politik." erklärt Bela Bach.





Würmtal-Bürgermeister*innen

zu Besuch im Bürgerbüro

Vergangene Woche durfte ich die Würmtal-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister der Gemeinden Planegg, Gräfelfing und Neuried zu Besuch im Wahlkreisbüro empfangen. Wir haben konstruktiv zu verschiedenen kommunalpolitischen Themen wie öffentliche Ladepunkte für E-Mobilität, Ortsumgehungsstraßen in den Gemeinden und verkehrs-intelligente Lösungen für den zunehmenden Autoverkehr im Würmtal diskutiert. Ebenso kamen Ideen zu Förderung und Speicherung alternativer Energien in den Würmtal-Gemeinden zur Sprache, insbesondere Erdbeckenspeicher und Solarwärme. Auch die Taktverdichtung auf der Linie S 6 war Gegenstand unseres Gesprächs. Hier sind wir uns alle einig: der 10-Minuten-Takt bei der S 6 ist längst überfällig! Eine Taktverdichtung würde nicht nur den Bürger*innen sowie Beschäftigten im Würmtal zu Gute kommen, sondern auch die Gemeinden als Wirtschafts- und Forschungsstandort weiter stärken.





Würmtal-Bürgermeister*innen

zu Besuch im Bürgerbüro



Bela Bach im Gespräch mit Planeggs 3. Bürgermeisterin, Judith Grimme.



Bürgersprechstunden

Nicht nur in Corona-Zeiten macht eine telefonische Bürgersprechstunde Sinn. Es macht Freude, den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stehen, Fragen zu beantworten und Anregungen für meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis mitzunehmen.

Bisherige Termine für Bürgersprechstunden haben an folgenden Terminen erfolgreich stattgefunden:

28.07.2020

12.10.2020

18.01.2021



Herzliche Einladung an alle Ortsvereine

Als erste Besucher meines neu eingeweihten Wahlkreisbüros in Martinsried konnte ich jüngst die Genossinnen und Genossen des Ortsvereins Neuried begrüßen. Es hat sich gezeigt, dass solche Besuche eine gute Gelegenheit zum politischen Austausch sind und manche interessante Themen erst durch das persönliche Gespräch besprochen werden.

Es wäre schön, wenn noch mehr Ortsvereine mein Wahlkreisbüro besuchen. Gerne könnt Ihr mit meinen Mitarbeitern unter bela.bach.wk@bundestag.de einen Termin vereinbaren. Selbstverständlich bin ich auch bereit, Euch vor Ort zu besuchen und aus Berlin zu berichten.

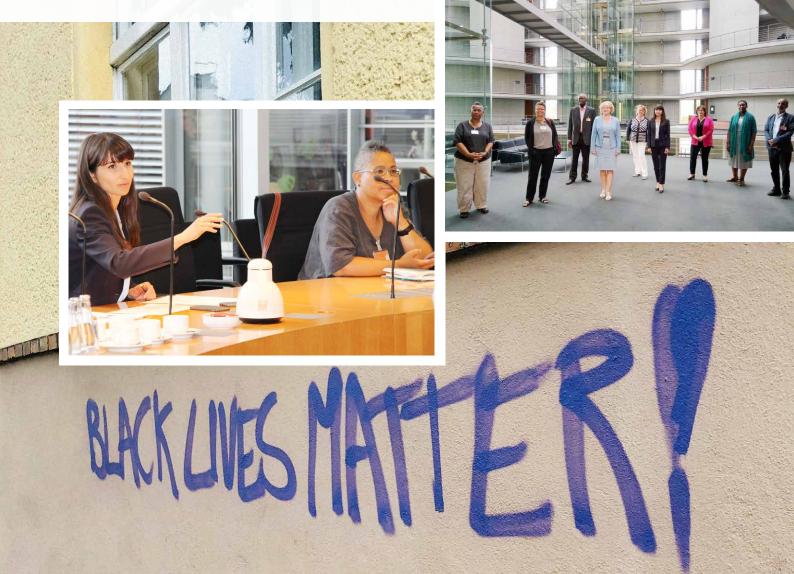
Nach der Sommerpause wurde hierzu eine gesonderte E-Mail versandt.

Black Lifes Matter:

Mein Gespräch mit Verbandsvertreter*innen

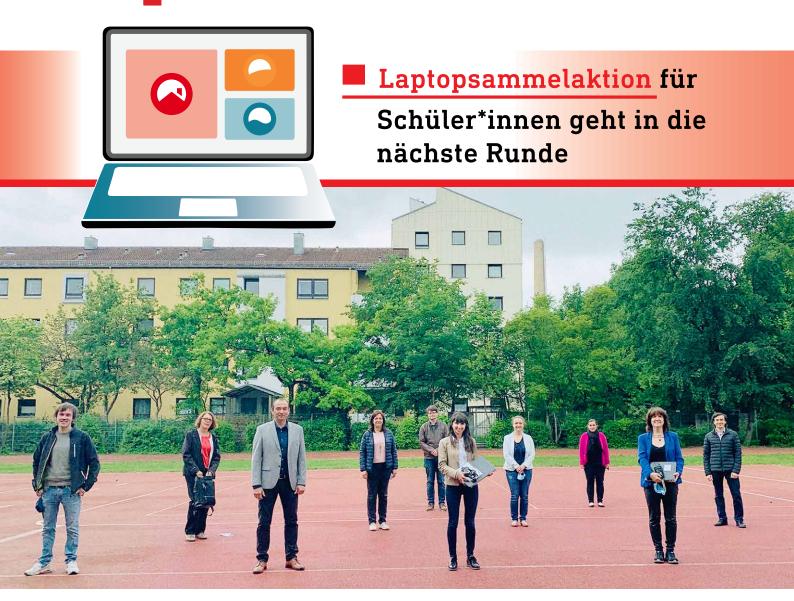
Am Mittwoch, den 1. Juli, habe ich mit hochrangigen Vertreter*innen über antischwarzen Rassismus in Deutschland gesprochen.

Ein wichtiger Kernpunkt im Gespräch war, dass wir im Kampf gegen systematischen Rassismus und Rassismus im Alltag noch einen weiten Weg vor uns haben. Es ist wichtig, sich mit Betroffenen auzutauschen und ihren Forderungen zuzuhören. Auch staatliche Stellen müssen viel stärker in die antirassistische Gleichstellungsarbeit miteinbezogen werden. Nur so können wir sicherstellen, dass wir niemanden in Deutschland aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität oder Aussehen ausgrenzen.





LäpCollect



Die im April gemeinsam mit dem AWO Kreisverband München Land e.V. gestartete Spendenaktion "LäpCollect" geht erfolgreich in die nächste Runde. Bisher wurden 35 Geräte gesammelt und nun konnten die ersten Laptops an die Schüler*innen der Grundschule in der Parksiedlung Oberschleißheim übergeben werden.

Am 25.Mai trafen Fraktionssprecher der SPD im Oberschleißheimer Gemeinderat, Florian Spirkl und ich in Oberschleißheim Herrn Bürgermeister Markus Böck, die Rektorin der Grundschule sowie Vertreter der Jugendsozialarbeit und des Elternbeirats. Gemeinsam mit unserem Kooperationspartner AWO München Land e.V. konnte ich vier Laptops an die Rektorin der Grundschule in der Parksiedlung Heike Frenzel in Oberschleißheim übergeben.

Die Geräte werden dann über die Klassenleitung an Familien mit Bedarf ausgegeben. Schulintern hat die Rektorin der Grundschule in der Parksiedlung in Zusammenarbeit mit der Jugendsozialarbeit feststellen müssen, dass in mindestens 15 Familien keine Laptops oder PCs zur Verfügung stehen. Digitale Ausstattung ist aber die Voraussetzung für ein "Lernen zuhause", denn auch nach Öffnung des Lockdown wird ein wochenweise gestaffelter Unterricht die Regel sein. Die Spenden sind daher sehr willkommen.

Die Laptops wurden von uns gesammelt und dann von Helfern des Freifunks München neu aufgesetzt. Ganz besonders möchte ich mich an dieser Stelle bei den ebenfalls anwesenden freiwilligen Helfern Dawin Schmidt und Utku Celayir bedanken, die mit außerordentlichem Engagement nach Feierabend die Geräte neu aufgesetzt haben. Bisher sind 35 Geräte gespendet worden, was sehr erfreulich ist. Allerdings ist der Bedarf bei den Familien im Landkreis München immer noch groß und nach Bedarfsermittlung der AWO werden weitere 180 Geräte benötigt.



Daher wende ich mich nochmal an alle Bürger*innen sowie an Firmen im Landkreis München, die einen geeigneten Laptop besitzen, sich bei uns unter bela.bach.wk@bundestag.de zu melden.

Abgegeben werden können die Laptops entweder persönlich zu den entsprechenden Öffnungszeiten in den Klawotten im Landkreis München (https://awo-kvmucl.de/klawotte-2/) sowie bei der AWO Kinderkrippe Feldmäuse (Bahnhofstraße 8, 85622 Feldkirchen) Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 15:00 Uhr (Abgabe nur direkt an der Türe möglich) oder durch Zusendung per Post an AWO Kreisverband München- Land e.V., Stefanie Sonntag, Balanstr. 55, 81541 München.





Jedoch ist der hohe Bedarf weder durch Privat-Spenden alleine zu decken, noch darf die digitale Ausstattung von Schüler*innen von Privat-Spenden abhängen.

Die Bundesregierung hat zwar ein Sofortausstattungsprogramm von 500 Mio. € verabschiedet, das einen finanziellen Zuschuss für Schulen zur Anschaffung von geeigneten Geräten vorsieht, aber das ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Daher habe ich gemeinsam mit der SPD-Kreistagsfraktion Initiative ergriffen und einen entsprechenden Antrag auf finanzielle Unterstützung im Kreistag gestellt. Wir fordern den Landkreis auf, einen Zuschuss von 150€ pro Kind für die Beschaffung von Laptops zu gewähren.

So sollen die Familien mit Bedarf weiter unterstützt und die finanzielle Belastung bei der Neuanschaffung von Geräten möglichst gering gehalten werden.

Darüber hinaus ist dies eine Investition in die Zukunft, weil es den einzigen Rohstoff fördert, den wir haben: die Köpfe kluger junger Menschen.

Auch die Presse hat über unsere Initiative berichtet:



Artikel im Münchner Merkur

Artikel in der Süddeutschen Zeitung

Nun kämpfen wir darum, die Förderung im Kreistag durchzusetzen.



Frauenhäuser

Die Corona- Krise bestimmt derzeit alles und macht drastische Maßnahmen erforderlich. Mit den Ausgangsbeschränkungen auf Grund der Corona-Pandemie befürchten allerdings Frauenverbände einen Anstieg der Gewalt gegen Frauen innerhalb von Partnerschaften und Familien. Hierzu stehe ich mit Akteurinnen der Frauenhäuser im Landkreis in regem Austausch. Positiv gibt es zu berichten, dass bisher kein Engpass besteht und noch Frauen aufgenommen werden können. Möglicherweise können die Auswirkungen der Ausgangsbeschränkungen jedoch zeitversetzt, nämlich erst in ein paar Wochen bzw. Monaten erkennbar werden. Daher gilt es bereits jetzt zu handeln! Um etwaigen Engpässen in der Zukunft entgegenzuwirken und die Aufnahmekapazitäten für Frauen in Not sicher zu stellen, habe ich für die SPD-Fraktion zusammen mit der SPD-Fraktionsvorsitzenden Ingrid Lenz-Aktas einen entsprechenden Antrag an die Kreisgremien gestellt. In dem Antrag machen wir auf den erhöhten Bedarf während der Corona-Krise aufmerksam und fordern die Bereitstellung zusätzlicher Frauenwohnplätze. Wir wollen sicherstellen, dass einerseits kurzfristig der erhöhte Bedarf gedeckt werden kann. Zum anderen ist uns wichtig, dass ein Umfeld für Frauen in Not gewährleistet ist, in dem bei Infektion mit dem Corona-Virus die Durchführung einer geeigneten isolierten Quarantäne möglich ist.

Hierzu darf ich auf den in der SZ am 1. April 2020 veröffentlichen Artikel hinweisen:



SPD fordert mehr Frauenwohnplätze

Artikel in der SZ vom 01. April 2020





Mit Christine Berchthold unterwegs in Planegg



Beim schon fast traditionellen Pizza & Politik in meiner Heimatgemeinde Planegg habe ich mich mit unserer Bürgermeisterkandidatin Christine Berchtold und unserem Vorsitzenden Felix Kempf ausgetauscht.

Ich habe über meine Arbeit im Deutschen Bundestag berichtet und Fragen zu meiner Arbeit in Berlin beantwortet. Viel Lob gab es für Christine Berchthold, die sich energisch für bezahlbares Wohnen, gegen ungezügelten Kiesabbau und für die Bewahrung unserer Naturlandschaft in Planegg stark macht.

Besonders freut mich, dass seit meinem ersten Wahlkampf 2013 immer wieder zahlreiche junge Leute zu Pizza & Politik kommen und diese Gelegenheit für einen ungefilterten Meinungsaustausch nutzen. Mit den JungwählerInnen haben wir Christine Berchtolds Programm diskutiert und viele Fragen beantwortet. Gemeinsam mit ihr setzen wir uns mit ganzem Herzen für die Interessen der jüngeren Generationen ein, deren Stimme in der Politik leider viel zu oft überhört wird.



Vergangenen Freitag habe ich mich mit unserem amtierenden und kandierenden Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann im Garchinger Rathaus getroffen.

Ich habe Dietmar zum Erhalt der Zuwendung in Höhe von 1 Million Euro durch das Bundesverkehrsministerium für die Stadt gratuliert. Mit dem nun bevorstehenden Glasfaserausbau schließen wir die letzten Lücken in unserer Versorgung mit schnellem Internet in Garching.

Bislang unversorgte Adressen werden im hohen Maße von dieser Förderung profitieren. Mit der Verbesserung des Glasfasernetzes stärken wir nicht nur die Privathaushalte, sondern auch den Universitäts- sowie der Wirtschaftsstandort Garching. Bis 2030 will die Große Koalition bundesweit rund elf Milliarden Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen. Mit den kommenden Ausbaustufen ist Garching gut für die Zukunft aufgestellt.





Tätigkeitsbericht 2020/21

2. Reden

Rede am 10.12.2020 Rede zum Etat des Bundesministeriums für Verkehr

und digitale Infrastruktur

Rede am 08.10.2020 Aktuelle Stunde zu politischen

Konsequenzen für BM Scheuer

Rede am 10.09.2020 Rede zum Tätigkeitsbericht

des Petitionsausschusses 2019

Rede am 15.05.2020 Debatte um höhere Bußgelder

für Raser

Rede am 14.05.2020 Bundesfernstrassengesetz,

Verkehrslärm

Meine Rede am 11.12.2020



Rede zum Etat des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

Wir setzen jetzt erstens alles daran, unsere vorhandene Infrastruktur zu unterstützen, und wir investieren zweitens so viel wie nie zuvor in neue Technologien.

Unsere Infrastruktur sichern und gleichzeitig so viel wie möglich investieren: so geht Zukunft! In meiner Rede zum Etat des Verkehrsministeriums habe ich deutlich gemacht, dass unsere Haushaltsplanung genau an den richtigen Stellen ansetzt. Zum Beispiel werden die Flughäfen mit Bundesbeteiligung (darunter München!) massiv unterstützt. Diese Flughäfen sind enorm wichtige Dreh- und Angelpunkte für die jeweiligen Wirtschaftsstandorte. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Forschung und Entwicklung umweltfreundlicher Technologien – besonders im Flugverkehr – mit aller Kraft unterstützen. Denn nur so stellen wir sicher, dass sich die Umweltbelastungen im Verkehrssektor in den nächsten Jahren so weit wie möglich verringern. Aber auch die Corona-Pandemie ist eine große Herausforderung, besonders im



Rede zum Etat des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

Touristiksektor. Deshalb freut es mich auch besonders, dass auch Omnibusunternehmen mit einer großen Unterstützung in dieser schwierigen Zeit bedacht wurden.

Ein Versprechen geben wir als SPD: Umweltfreundliche Mobilität muss nicht mit massivem Verzicht einhergehen – nicht, wenn wir rechtzeitig an den richtigen Schrauben drehen, an den richtigen Stellen investieren.

Infrastruktur stärken und in nachhaltige und fortschrittliche Technologien investieren – das hört sich nach einem ganz schönen Spagat an. Ist es auch. Aber ich bin stolz auf unser Ergebnis und zuversichtlich, dass wir mit unserer Haushaltsplanung einen großen Schritt Richtung Zukunft gegangen sind.





Meine Rede zum CSU-Mautdebakel in der Aktuellen Stunde

Politische Konsequenzen aus dem Auftritt des Bundesministers Scheuer im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur gescheiterten PKW-Maut



Zur Maut-Affäre ist schon viel gesagt worden. In meiner Rede am 8. Oktober im Rahmen der Aktuellen Stunde im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich noch einmal zusammengefasst, weshalb die gesamte Idee der so genannten "Ausländer-Maut" im Desaster enden musste. Die Maut steht symbolisch für das kollektive Versagen der CSU-Führung. Der peinliche Versuch die Maut auf euphemistische Weise in eine "Infrastrukturabgabe" umzutaufen, ist gescheitert.

Rede am 09.09.2020

Rede zum Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses 2019



In meiner Rede zum Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses 2019 habe ich deutlich gemacht, warum wir das Petitionswesen stärken müssen. Wer eine Petition auf einer privaten Kampagnenplattform unterschreibt, muss wissen, dass die Petition keine Rechtskraft entfaltet. Sie läuft also im Zweifel einfach ins Leere. Petitionen an den Deutschen Bundestag landen hingegen bei Abgeordneten – und werden im Petitionsausschuss des Bundestages behandelt. Sie können also tatsächlich Veränderungen bewirken. Kaum jemandem ist dieser grundlegende Unterschied jedoch bewusst. Deswegen habe ich dafür plädiert, dass wir das Petitionswissen bekannter machen – z. B. durch einen eigenen Social Media Auftritt – und stärker digitalisieren.



Debatte um höhere Bußgelder für Raser

Meine zweite Plenarrede am 15.05.2020



Ich werde als Verkehrspolitikerin für einen
Bewusstseinswandel
in puncto Geschwindigkeitsüberschreitung
kämpfen!

Der Bundestag hat am Freitag, den 15. Mai 2020 über zwei Anträge von AfD- und FDP-Fraktion debattiert.

In beiden Anträgen wurde die Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO) durch die Große Koalition von FDP und AFD kritisiert.

Zur "Prime-Time" habe ich ausgeführt, warum die seit April geltenden Verschärfungen bei den Höhen der Bußgelder notwendig und sinnvoll sind. Ein Zurückdrehen der bereits erfolgten Änderungen lehne ich aus mehreren Gründen ab. Die hohe Zahl an Verkehrstoten und die Häufigkeit von Unfällen aufgrund von unangepasster Geschwindigkeit rechtfertigen strengere Sanktionen. Insofern waren die Maßnahmen längst überfällig. Außerdem folgt der Gesetzgeber hier sehr bewusst dem Ansatz der "generalpräventiven Abschreckung". Ich habe deshalb zum Ausdruck gebracht, dass ich mir von den höheren Bußgeldern weniger Geschwindigkeitsüberschreitungen und damit einen Rückgang der Verkehrstoten erhoffe.

Von einem "Abkassieren" kann keine Rede sein, denn niemand wird gezwungen zu schnell zu fahren. Blickt man in die benachbarte Schweiz oder nach Österreich, dann erkennt man schnell, dass die deutschen Bußgelder immer noch zu niedrig sind. Ich werde als Verkehrspolitikerin weiterhin dafür kämpfen, dass in puncto Geschwindigkeitsüberschreitung ein Bewusstseinswandel eingeleitet wird.







Lärmschutz verbessert

Meine erste Rede im Bundestag am 14.05.2020



Mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen haben wir als SPD die Änderung der 16. Bundesimmissionsschutzverordnung vorangebracht.

In meiner ersten Rede vor dem Plenum habe ich klar gemacht, dass der Lärmschutz und die Nachtruhe ein hohes Gut darstellen. Aus diesem Grund habe ich zusammen mit dem Koalitionspartner erreicht, dass die Verordnung nach 6 Jahren erneut auf den Prüfstand kommt.

Wir müssen unbedingt sicherstellen, dass sich der rechtliche und der wissenschaftliche Fortschritt in der Gesetzgebung niederschlagen.

In der Verordnung zum Lärmschutz haben wir außerdem 30 Jahre alte Bestimmungen an die Gegebenheiten der heutigen Zeit angepasst. Unter dem Strich steigen die Kosten für den Lärmschutz und die Berechnungsmethoden für die Lärmermittlung werden verfeinert. Daraus folgt ein verbesserter Lärmschutz für die Menschen.



Bela Bach MdB

Für den Landkreis München in Berlin.



Kontakt:

bela.bach@bundestag.de
Mitglied im Verkehrsausschuss
und Petitionsausschuss
Stellvertretendes Mitglied der
Parlamentarischen Versammlung
des Europarates

Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Recht und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Stellvertretendes Mitglied im **Umweltausschuss**